

- Rolf Steininger: Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Quellen, Bonn 1986
- Richard Stöss: Parteienhandbuch, Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1986
- Robert Wistrich: Wer war wer im Dritten Reich. Ein biographisches Lexikon. Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft und Militär, Kunst und Wissenschaft, Frankfurt a. M. 1987
- Wiggershaus, Norbert: Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag 1950, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, Bd. 1: Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München, Wien 1982, S. 325-402
- Hermann Zolling, Heinz Höhne: Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971

Zusammenfassung

Der Fall Otto John ist ohne die biographische Vorgeschichte des Protagonisten, aber auch ohne das politische Umfeld der Wiedervereinigungs- und Westbindungsdebatte nicht verstehbar. Es steht mit großer Wahrscheinlichkeit fest, daß John ein politischer Überzeugungs-“Täter“ war, der fest von seiner Mission überzeugt war, als geheimer Unterhändler die festgefahrenen Fronten des Kalten Krieges zu lösen und die Wiedervereinigung herbeizuführen. Selbst das Urteil von 1956 bescheinigte John Loyalität bis zum Tag seines Übertritts. John trieb einerseits aufgrund seiner Erfahrungen mit dem Dritten Reich eine echte Sorge um die Zukunft der Demokratie, die er durch die Wiedereinstellung von Nationalsozialisten gefährdet sah. Andererseits sah er die Wiedervereinigung Deutschlands durch den strikten Westbindungskurs gefährdet. Von dieser tiefen Überzeugung bis zum Entschluß, im Anschluß an die Feier zum Jahrestag des 20. Juli-Attentates mit Hilfe seines Bekannten Wolfgang Wohlgemuth nach Ost-Berlin einzureisen, war es nur noch ein kleiner Schritt, der jedoch von einer schier unglaublichen politischen Naivität gekennzeichnet war. Auch hier spielte aber wahrscheinlich seine Erfahrung mit Geheimgesprächen als Unterhändler der Verschwörer von 1944 eine wichtige Rolle. Es ist anzunehmen, daß ihm in der jetzigen Situation wie damals nichtoffizielle Gespräche als die einzig machbare Form der Kontaktaufnahme erschienen. Zweifellos jedoch spricht dieser Entschluß für eine extrem eingeschränkte Wahrnehmung der Wirklichkeit.

John wurde von der DDR politisch massiv instrumentalisiert, zum eigentlichen Ziel, als Mittler zwischen Ost und West aufzutreten, ist er nie gekommen. Nach Aussagen für das MfS und das KGB, die auch Interna und Geheiminformationen enthielten, und vieler öffentlicher Auftritte war John spätestens Mitte 1955 politisch kaltgestellt. Daß John seine Situation im Laufe seines Aufenthaltes in der DDR immer mehr realisierte, ist vor allem an seinem Verhalten zu beobachten. Seine Ausfälle gegen offizielle Repräsentanten der DDR, sein fast kindisches Protestverhalten in der Öffentlichkeit, das sich zum

Beispiel im Absingen amerikanischer Schlager manifestierte, sprechen dafür, daß er seine selbstgestellte „Mission“ wohl bereits Ende 1954 gescheitert sah. In den Mittelpunkt rückte für ihn jetzt die Rückkehr in den Westen, vor allem aber seine politische Rehabilitation durch die öffentliche Darstellung seiner Gründe. Dieser Vorgang setzt noch während des Aufenthaltes in der DDR ein; zahlreiche Briefe an Personen des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik insbesondere jener, die er für seine Verbündeten hielt, bezeugen dies. Das Urteil des Bundesgerichtshofes 1956, vier Jahre Haft, war allerdings nur noch die offizielle Niederlage eines zuvor bereits gesprochenen Urteils in der öffentlichen Meinung.

Die gesamte „politisch-kulturelle Debatte“ um den Fall John war bereits unmittelbar nach seinem Übertritt in die DDR nicht nur politisch polarisiert, sondern – für die Wahrheitsfindung im Fall John besonders negativ – politisch instrumentalisiert worden. In dieser Debatte spielten die möglicherweise höchst ehrenwerten Intentionen und Ideale Johns so gut wie keine Rolle mehr. Während im Osten der Übertritt Johns ohne Einschränkungen als Sieg gefeiert wurde, war im Westen die Diskussion wesentlich differenzierter. Sie läßt sich in zehn unterschiedliche Positionen unterscheiden, wobei die einzelnen Fraktionen und ihre Argumente auch ineinander übergangen: (1) Die Position der Bundesregierung, die sich in Schadensbegrenzung übte, um vor allem die laufende Westintegration nicht zu gefährden, gleichzeitig aber innerparteilich tief darüber gespalten war. (2) Die Position der Opposition, vor allem der SPD, die den Fall vor allem als Möglichkeit aufgriff, die „Renazifizierung“ und die undurchsichtige Arbeit der Geheimdienste in Deutschland anzuprangern. (3) Die Position der Westalliierten, die den Fall vor allem als Gefährdung der westlichen Sicherheitspolitik betrachteten. (4) Die Position der Organisation Gehlen, die den Fall als Möglichkeit zur Ausschaltung der Konkurrenz und zur Konsolidierung der eigenen Stellung betrachtete. (5) Die Position der rechtsnationalen Opposition im Lande, die den Fall als Bestätigung ihrer Kritik an der Linken, der Emigration und des NS-Widerstandes ansahen. (6) Die Position des antitotalitären Lagers, die den Fall John als Ausdruck der fortschreitenden kommunistischen Unterwanderung der Bundesrepublik verstanden. (7) Die Position der Gegner der strikten Westbindungspolitik Adenauers im engeren Sinne, die hierin die Aufgabe des im Grundgesetz verankerten Wiedervereinigungsgebots sahen. (8) Die Position der Gegner der „Restaurations“-Politik Adenauers im besonderen, die die Ausführungen Johns in der DDR zum Anlaß nahmen, erneut die Weiterbeschäftigung von ehemals aktiven Nationalsozialisten in der Bundesrepublik zu kritisieren. (9) Die Position der osteuropäischen Emigration im Westen, die die Angaben Johns zur „Renazifizierung“ und Remilitarisierung als Beginn eines westdeutsch-westalliierten Ausgleichs sah, an deren Ende die Rückgabe der ehemals deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße stehen könnte. (10) Die persönlichen Gegner Johns, ebenfalls eine fraktionsübergreifende Gruppe, die vor allem den zweimaligen „Verrat“ sowie seine angebliche Homosexualität und seinen angeblichen Alkoholismus heraus hob.